ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

Baustelle Deutschland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Straubhaar, Thomas (2003) : Baustelle Deutschland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 83, Iss. 9, pp. 550-551

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/42208

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Baustelle Deutschland

Thomas Straubhaar

Wer von außen auf Deutschland schaut, erkennt einen immensen Reformeifer. Kaum eine politische Stimme, die sich nicht für eine tiefgehende, weitreichende, nachhaltige Reform Deutschlands ausspricht. Sachverständige, Forschungsinstitute, Bürgerkonvent, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften entwerfen Baupläne, Konzepte und Entwürfe für eine mehr oder weniger fundamentale Sanierung des deutschen Sozialstaates. Sie alle wollen Veränderungen – wenn auch nicht in die gleiche Richtung. Die einen möchten allein die Fassade renovieren. Alte Strukturen sollen nur so weit wie gerade nötig neuen Zeiten angepasst werden. Andere wollen vieles abreißen und manches neu bauen. Nur so könnten die tragenden Pfeiler des deutschen Selbstverständnisses erhalten bleiben.

Die Bundesregierung marschiert an der Spitze der Reformbewegung. Sie beruft ein Expertengremium nach dem anderen: Süssmuth-Kommission zur Zuwanderung, von Weizsäcker-Kommission zur Bundeswehr, Hartz-Kommission zum Arbeitsmarkt und Rürup-Kommission „für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“. Dazu kommen die Steuerreform, die nun, nach einem durch die Jahrhundertflut bedingten Hin und Her, letztlich doch noch zu einer substanziellen Absenkung der Steuersätze führen wird, und die Vorschläge zur Gesundung der Gemeindefinanzen, die Gesundheitsreform und – vor allem – die „Agenda 2010“ des Bundeskanzlers, mit der er die Bevölkerung auf tiefe Einschnitte und schmerzliche Veränderungen eingestimmt hat.

All die Diskussionen über Umfang, Inhalt und Richtung der notwendigen Sanierungen haben es zumindest geschafft, der Bevölkerung klar zu machen, dass sich einiges wird ändern müssen – gerade auch, damit vieles bleiben kann, wie es ist. Zweifelsfrei sind in den letzten Monaten in Deutschland Problembewusstsein und auch Reformbereitschaft gestiegen. Das ist nicht wenig. Es genügt aber noch bei weitem nicht, um aus einer Agenda ein Gesetz zu machen. Viele auf den Weg gebrachte Reformkonzepte sind von politischer Opposition und Interessengruppen gebremst, gestoppt und blockiert worden. Rasch endete eine angekündigte „1:1-Umsetzung“ in einer polit-ökonomischen Pattsituation und selbst ein vermeintlicher Sieg im Parlament wurde – wie beim Zuwanderungsgesetz - letztlich durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts noch zu einer Niederlage.

Aus der deutschen Geschichte heraus mehr als verständlich, wurde im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ein engmaschiges Netz von Macht und Kontrolle gesponnen. Keiner Gruppe sollte es jemals wieder möglich werden, diktatorisch zu regieren. Keine bedeutsame politische Formation sollte von der Macht ausgeschlossen bleiben. In den Händen von politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessengruppen wurden die feinen Fäden von Gewaltenteilung und Gewaltenkontrolle im Laufe der Zeit jedoch zusehends zu Fallstricken, in denen sich Fortschritt und Veränderungen verhedderten.

Lange schon stehen sich Regierung und Opposition in Bundestag und Bundesrat in einem bewegungsarmen Gleichgewicht gegenüber. Aus dem Anspruch auf politische Teilhabe verschiedener Interessengruppen ist über die Jahre ein Geflecht von Anrechten und Besitzständen gewuchert. Versagen für einmal die gut eingespielten Mechanismen der Lobbyisten und führt das Powerplay von Regierung und Opposition doch noch zu einem großen Reformschritt, bleibt den Interessengruppen als Notbremse immer noch der Gang nach Karlsruhe. Stillstand und Blockade sind eine fast zwangsläufige Folge einer Verfassung, die alle beteiligen, niemanden ausschließen und vor allem jede Machtballung verhindern will.

Es ist viel zu kurz gedacht und wirkt schon fast populistisch, der rot-grünen Bundesregierung „Reformgestoppsel“, „Flickschusterei“ oder gar schlicht „Unfähigkeit“ vorzuwerfen, wie es die Opposition tut. Es sind das Grundgesetz und die polit-ökonomischen Kräfteverhältnisse, die es dem deutschen Gulliver so schwer machen, sich aus den Fängen der Interessengruppen zu befreien. Richtig ist, dass die bis anhin angeschobenen Reformvorhaben der Bundesregierung kein weiter Sprung sind, sondern bestenfalls ein kleiner Schritt, der erst noch nur teilweise in die richtige Richtung geht. Sie sind mit Sicherheit nicht der finale reformpolitische Befreiungsschlag, der die Wachstumskräfte in Deutschland endgültig entfesselt. Weder kann die weitgehend auf Pump finanzierte Steuerentlastung einen Impuls für ein nachhaltiges Wachstum auslösen, noch werden die beschlossenen Arbeitsmarktgesetze zu einem wesentlichen Abbau der Beschäftigungslosigkeit in Deutschland führen, noch wird die Gesundheitsreform die Kostensteigerungen wirklich stoppen. Schon heute ist klar, dass das von der Hartz-Kommission postulierte Ziel, die Arbeitslosigkeit in drei Jahren um zwei Millionen zu verringern, nicht erreichbar ist.

Mit Blick auf die Unfähigkeit des übermäßig fein austarierten Spannungsfelds von Gewaltenteilung und Gewaltenkontrolle, große Reformwürfe zu verwirklichen, ist die Bundesregierung nun jedoch dabei, zumindest das Machbare zu versuchen. Bei aller berechtigten Kritik an der Halbherzigkeit und Unzulänglichkeit der Regierungspläne sind die Hartz-Gesetze und die Vorschläge der Rürup-Kommission wenigstens erste Versuche, verkrustete Strukturen aufzubrechen. Anzuerkennen ist, dass die Bundesregierung gerade ihrer eigenen Stammwählerschaft die Aussicht auf eine Reihe von sozialpolitischen Einschnitten zumutet. So sind beispielsweise die von der Rürup-Kommission vorgeschlagene „Rente mit 67“, das Absenken des relativen Rentenniveaus, der Solidarbeitrag der heutigen Rentnergeneration zur Sanierung der Pflegeversicherung oder die vom Bundeskabinett bereits beschlossene Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien bei der Arbeitsvermittlung, die gekürzten Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe oder die Anrechnung von Einkommen des Partners bei der Berechnung von Unterstützungszahlungen an Erwerbslose richtige und gerade für die Sozialdemokraten beachtliche Schritte.

Die Reformpläne der Bundesregierung verändern wenig, nicht genug, aber doch schon einmal deutlich mehr als die Opposition bisher gewagt hat. Ihr steht der schwierige Gang noch bevor, den harten Kampf mit den Interessengruppen aufzunehmen. Ihn nicht zu gehen, stellt die Glaubwürdigkeit des Reformwillens in Frage. Nur wer selber durch Taten klarmacht, dass er sich nicht vor Konflikten – auch mit der eigenen Klientel – scheut, keine Konzessionen an einzelne Gruppen eingeht und nicht auf halbem Weg stehen bleibt, kann als Reformer ernst genommen werden.

Wer in Deutschland mehr als kleine Veränderungen will und weite Reformsprünge verlangt, muss zuallererst bereit sein, jene zu belohnen, die das Heft des Handelns in die Hand nehmen. Das ist hierzulande nicht so einfach. Was sich im Angelsächsischen mit dem Begriff „Leadership“ so leicht einfordern lässt, hat in Deutschland einen historisch zutiefst vorbelasteten Klang. Nach über 50 Jahren durch nichts und niemanden zu erschütternder Treue zum Grundgesetz und nachdem an der Standfestigkeit der Demokratie nicht die geringsten Zweifel mehr bestehen, scheint es jedoch langsam an der Zeit zu sein und für die Überlebensfähigkeit Deutschlands schnell unabdingbar zu werden, nach einem neuen Gleichgewicht der politischen Kräfte in Deutschland zu suchen. Was einem Verfassungskonvent für Europa gelingt, müsste eigentlich auch für Deutschland zu schaffen sein.